

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ für Zory (Sohrau Poln.-DS.) und Umgegend.

Erchein:

wöchentlich einmal: Sonnabend.
Bezugspreis: Monatlich frei ins Haus und
bei allen Postanstalten 0,75 Hloty.

Eigenlimer, Verleger, Herausgeber u. Drucker:
B. Humold, Stadtbuchdrucker, Zory.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Humold.

Anzeigen-Preis:

Die einseitige Zeilenbreite 10 Gr.
Inseraten-Nachnahme bis spätesten Freitag
12 Uhr vormittags.

Nr. 43

Samstag, 25. Oktober 1930

Sonnabend, den 25. Oktober 1930

Gründet 1879

52. Jahrgang.

Rundschau.

Polen.

Die Wahllisten aufgestellt.

Warschau, 20. Oktober. Nach endgültiger Zusammenlegung der Staatslisten für die Wahlen zum Sejm und Senat sind insgesamt sechs polnische und acht Minderheitenlisten zum Sejm und fünf polnische und fünf Minderheitenlisten zum Senat vorhanden. Am meisten gesplittelt sind diesmal die Juden, die allein fünf Staatslisten zum Sejm und zwei zum Senat eingereicht haben. Der Freitag war der letzte Termin zur Einreichung der Wahllisten. In 8 Wahlkreisen ergaben sich 120 Wahlkreislagen von den verschiedenen Parteien eingereicht.

Eine reiche Erbschaft für die Krakauer Universität.

Warschau, 22. Oktober. Die Jagiellonische Universität in Krakau hat eine höchst willkommene Erbschaft gemacht. Ein Pole, namens Ludwig Giedem, der seit mehr als 25 Jahren in Detroit beschäftigt war, hinterließ ein Vermögen von 200 000 Dollar. Zwei Drittel seines Vermögens, also ungefähr 133 000 Dollar, hat Giedem der Jagiellonischen Universität in Krakau vermacht und ein Drittel dem Harper Spital in Detroit. Vor etwa 40 Jahren war Giedem von den Russen nach Sibirien verbannt worden und von dort nach Amerika geflohen.

Neue Zollerhöhungen für Industrieartikel?

Warschau, 21. Oktober. Wie verlautet, werden die Handelskammern in allerhöchster Zeit bei der Regierung einen Antrag auf Zollerhöhung für gewisse Industrieartikel vorlegen, als Antwort auf die Zollerhöhungen für Agrarartikel, die Deutschland in der letzten Zeit vorgenommen habe. Auch ist man der Meinung, daß eine ganze Reihe von Industrieartikeln nicht hinreichend durch Zölle geschützt sei und man will deshalb durch die Zollerhöhungen diesen Schutz herbeiführen.

Deutschland.

Dr. Brüning hat die Mehrheit.

Berlin, 20. Oktober. Die große politische Aussprache über das Regierungsprogramm im Reichstag ist am Sonnabend in einer ausgedehnten Sitzung beendet worden. Die Front der Opposition und derjenigen Parteien, die mit mehr oder minder großer Sympathie wenigstens vorläufig zur Regierung halten, ist nun abgegrenzt. Zur schroffen Opposition gehören die Nationalsozialisten, die Kommunisten und die Deutschnationalen.

Die namentliche Schlussabstimmung über das Schuldentilgungsgesetz, jene Abstimmung, die als die eigentliche Vertrauensfrage für die Regierung bezeichnet worden war, ergab eine beachtliche Mehrheit für das Kabinett Brüning. Mit 325 gegen 237 Stimmen wurde die Vorlage angenommen. Dagegen hatten die Nationalsozialisten, die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Landvolkpartei gestimmt.

Mit 330 gegen 220 Stimmen wurde beschlossen, die Notverordnung und die dazu gegebenen Urträge an den Ausschuss zu überweisen. Die Stimmverteilung war hier die gleiche wie bei dem Schuldentilgungsgesetz.

Die Mißtrauensanträge, die von den Oppositionsparteien nicht nur gegen das Gesamtkabinett, sondern auch gegen fast alle Minister einzeln gestellt worden waren, waren geeignet, die Sozialdemokraten und auch andere Parteien in Verlegenheit zu bringen, da von dieser Seite deutlich das Mißtrauen gegen einzelne

Minister geäußert worden war, andererseits aber der Wunsch bestand, die Regierung wenigstens vorläufig am Leben zu erhalten. Aus dieser Verlegenheit wurde der Antrag gefunden, daß die Regierungsparteien beantragten, über sämtliche Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen. Gegen die Zulässigkeit einer solchen Geschäftsordnungsantrag wurde die Behandlung der Vertrauensfrage von der Opposition Einwendungen gemacht, aber die Mehrheit entschied mit dem Vorschlag für die Zulässigkeit mit 318 gegen 236 Stimmen. Damit sind sämtliche Mißtrauensanträge abgelehnt und die Regierung Brüning hat nun für längere Zeit Arbeitssicherheit erhalten.

In der namentlichen Schlussabstimmung wurden für das Amnestiegesetz 395 gegen 147 Stimmen abgegeben bei einer Enthaltung. Die zur Annahme des Gesetzes erforderliche Zweidrittelmehrheit ist damit erreicht. Durch die Vorlage wurden auch die sogenannten Fremdenmorde, soweit sie vor dem 1. September 1924 begangen worden sind und sich nicht gegen Regierungsmitglieder gerichtet haben, amnestiert. Gegen diese Vorlage haben nur die Sozialdemokraten geschlossen gestimmt.

Ein kommunistischer Antrag, die nächste Sitzung am Montag abzuhalten, wurde abgelehnt. Der Reichstag vertagte sich auf den 3. Dezember 1930.

Landtagsauflösung abgelehnt.

Berlin, 21. Oktober. Der preussische Landtag lehnte am Dienstag nachmittags den Antrag der Wirtschaftspartei auf sofortige Auflösung des Landtages in namentlicher Abstimmung mit 240 gegen 189 Stimmen ab. Das Ergebnis wurde von der Opposition mit Applaus aufgenommen. Ein gleichlautender kommunistischer Antrag war dadurch erledigt.

In der Sitzung seiner Tagesordnung befähigte der Landtag den vom Hauptauschuß vorgelegten Antrag, die Wahlen der Abgeordneten von 750 auf 600 Mandat monatlich herabzusetzen und auch die Zogelger für Ausfuhrungen an den Plenarsitzungen festzusetzen, die bisher 25 Mark betragen, um 50 Prozent zu kürzen. Die entsprechende Summe beläuft sich allein auf die Plenarsitzungen auf 810 000 Mark jährlich.

Severing preussischer Innenminister.

Berlin, 23. Oktober. Der preussische Minister des Innern, Dr. Baumbach, hat dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht. Ministerpräsident Dr. Brauns hat das Rücktrittsgesuch angenommen und den Staatsminister Dr. Baumbach mit dem Ausdruck des Dankes für die dem preussischen Staat geleisteten Dienste von seinen Amtspflichten entbunden. Zum Nachfolger hat Ministerpräsident Dr. Brauns den Reichs- und Staatsminister a. D. Severing ernannt.

Unmittelbar nach der Ernennung haben die Deutschnationalen einen Mißtrauensantrag gegen den neuen Innenminister eingebracht.

Auch in der Vertagung des Berliner Polizeipräsidiums soll ein Wechsel unmittelbar bevorstehen. Der bisherige Polizeipräsident Börgel soll zum Regierungspräsidenten ernannt werden, während Orzelski, der frühere Innenminister, das Amt des Berliner Polizeipräsidenten übernehmen wird.

Dr. Schacht über die Weltwirtschaftskrise.

New York, 20. Oktober. „Herald Tribune“ veröffentlicht einen interessanten Vortrag des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht über die Ursachen der Weltwirtschaftskrise und die Maßnahmen, die zu ihrer Behebung ergriffen werden müssen. Schacht erklärt, daß die Weltwirtschaftskrise keine gewöhnliche Ebbe-

erscheinung sei, sondern auf die durch den Krieg und die Nachkriegszeit hervorgerufenen Veränderungen in der Struktur der Weltwirtschaft zurückgeführt werden müsse. Die eigentlichen Ursachen des kollektiven Krisenstandes der Wirtschaft seien die Hochzinspolitik, der Ausbau nationaler Industrien in neu geschaffenen Ländern Ostentropas, die gewollte Abwehr gegen den Weltmarkt in Russland, Indien und Ägypten und anderen asiatischen Ländern, die völlige Mißachtung des selbständigen Privatbesitzes während des Krieges und in den Friedensverträgen und vor allem das höchst bemerkenswerte Reparationsproblem, sowie die unausgeglichene Situation des internationalen Geldmarktes durch eine ständige Anleihepolitik. Im Briten Gegensatz zu Hoover ist Schacht davon überzeugt, daß Amerika seine Eigenart nicht in enger Zusammenarbeit mit der übrigen Welt aufgeben kann. Die Lösung des Problems der Weltwirtschaftskrise liegt Schacht in einer Steigerung der Konsumkraft. Für die Erweiterung des Weltmarktes müsse in bisher unerschlossenen Ländern durch Kapitalanlage und aktive Arbeit gesorgt werden. Der notwendige internationale Zusammenstoß könne durch Schaffung einer aus Bankiers und Industriellen zusammengesetzten Wirtschaftsorganisation gewährleistet werden, die fast genug sein müßte, um das Vertrauen des Publikums, das Anleihekapitalien zur Verfügung stellt, zu gewinnen.

Um ein Moratorium.

London, 21. Oktober. Der Abgeordnete Louis Mac Gadden, der Vorsitzende des Ausschusses des Repräsentantenhauses für Bank- und Währungswesen, hat dem Vertreter der New Yorker „Daily News“ ein Interview gegeben. In diesem erklärte er, daß Deutschland einer schweren wirtschaftlichen Krise entgegenstehe. Es müsse aber irgend etwas getan werden, um die Verhältnisse günstiger zu gestalten. Jetzt sei es Zeit, an diese Frage offen heranzugehen. Anleihen von ausländischen Banken, die dazu bestimmt sind, frühere Schulden abzugeben, bedeuten nichts weiter als eine Verzögerung. Ein Moratorium oder eine Herabsetzung der Zahlungen des Young-Plans sei sofort notwendig. Da die Alliierten auf der vollständigen Zahlung der gegenwärtigen Reparationen bestanden, so sei der einzige Ausweg, daß die Vereinigten Staaten von Amerika eine großzügige Haltung zeigten.

New York, 22. Oktober. Untersekretär Service meldet aus Washington: Während Präsident Hoover, Staatssekretär Gilson und Schatzsekretär Mellon einem Moratorium für Deutschland streng ablehnend gegenüberstanden, setzt sich in Wallstreetkreisen wegen der amerikanischen Kapitalanlagen in Deutschland in Höhe von 2 1/2 Milliarden immer mehr die Überzeugung durch, daß ein Moratorium nicht länger hinausgeschoben werden könne. Der Standpunkt der Wallstreet habe der Gouverneur der New Yorker Federal Reserve Bank, Harrison, am Montag in einer Unterredung mit Präsident Hoover nachdrücklich vertreten. Er habe gleichzeitig die Forderung erhoben, daß die Regierung ihre bisherige ablehnende Haltung in der Frage einer Verkopplung der Reparationszahlungen mit der Rückzahlung der interalliierten Kriegsschulden einer Revision unterziehen müsse.

London warnt.

London, 21. Oktober. Die Meldung vom ersten Anzeichen einer amerikanischen Revisionbewegung in der interalliierten Schuldfrage hat in London Interesse erregt. London verhält sich sehr vorsichtig und zurückhaltend und warnt vor übereifigen Hoffnungen, nament-

Ich sowohl die unmittelbare Zukunft in Frage kommen. Das Aufschreiben dieses Problems von Europa können mehr haben als nützen, besonders wenn sentimentale Beweggründe für die Berechtigung der Forderung ins Feld geführt werden. Ein wirtschaftlicher Fortschritt setzt dann zu erwarten, wenn Amerika aus sich selbst heraus erkenne, daß eine Abänderung des ganzen Systems der Schuldentilgungen in seinem eigentlichen wirtschaftlichen Interesse läge.

Aus aller Welt.

Die Hochzeit König Boris.

Rom, 23. Oktober. Der Kaiser hat nunmehr dem italienischen Hof den Dispens für die Eheschließung zwischen König Boris und der Prinzessin Clotomina schriftlich überreicht. Der Erzkanzler in Vissé hat damit also nichts mehr im Wege. Die Eheschließung von Vissé hat der Prinzessin einen beruflichen Glückwunsch telegraphisch überreicht. An der Hochzeit werden nach dem vorläufigen Berechnen 85 Prinzen und Prinzessinnen teilnehmen, in erster Linie aus dem Hause Savoyen und dem bulgarischen Adelshaus, ferner die ehemaligen Königin von Griechenland und mehrere griechische Prinzen und Prinzessinnen sowie eine Schwester der Königin von Italien. Für die Trauung in der Kirche von Vissé ist im Hinblick auf die engen Raumverhältnisse nur eine beschränkte Anzahl von Einladungen ergangen, ebenfalls für die Hochzeitsessen, das in der Villa Constanti in Vissé stattfinden wird. Die Trauungszeremonie wird äußerst schlicht sein und auch die Kirche wird keinen besonderen Schmuck erhalten.

Gedächtnis zum König Karol.

Malland, 22. Oktober. Aus Bukarest wird an die italienische Presse berichtet, daß der Patriarch der rumänisch-orthodoxen Kirche, Christen, nicht nur aus dem Rücktritt von der Oberleitung der rumänischen Kirche eine Protestation gegen das Verhalten des Königs in seiner Ehrengelegenheit macht, sondern auch noch den König exkommunizieren wollte. Eine Gruppe von Bischöfen ist aber dem Patriarchen in dem Sinn gefolgt.

Der König von Albanien schwer erkrankt.

Ahmed Roga I., der am 1. September 1928 zum König von Albanien ausgerufen wurde, ist nach Meldungen aus Tirana an Reihpocken erkrankt. Sein Zustand wird als hoffnungslos bezeichnet.

Mytlow erklärt den Handelskrieg.

Der Vorsitzende des sowjetrussischen Rates, Mytlow, hat die Warenzufuhr aus Frankreich, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn nach Rußland und den Transport russischer Güter auf Schiffen dieser Länder verboten. Er begründet diese Maßnahme, die die Erringung des Handelskrieges bedeutet, mit der von den genannten Ländern geübten Abwehrpolitik gegen russische Güter.

Chinesische Banditen verschleppen 17 Missionare.

London, 22. Oktober. Aus Schanghai wird gemeldet, daß chinesische Banditen bei Kien in der Provinz Kiangsi 17 Missionare gefangen genommen haben. Unter ihnen befinden sich der italienische Bischof Monsignore Magoni, 6 Geistliche und 10 Missionarsschwester verschleppter Nationalität. Die Banditen töten zwei der Gefangenen und lassen den Bischof und einen Geistlichen frei, damit sie das Lösegeld eintreiben können.

Kommunistisches Blutbad in Kien.

London, 23. Oktober. Die chinesischen Kommunisten unter dem Befehl des berühmten Wang Tsing, der im Juli Tschangschai heimkehrte, haben unter der Bevölkerung von Kien, das vor 14 Tagen erobert wurde, ein furchtbares Blutbad angerichtet. Die Zahl der Opfer wird mit 60.000 angegeben.

Der italienische Bischof, der von den chinesischen Banditen befreit wurde, um das Lösegeld für die 13 Missionare aufzubringen, ist in Kien angekommen. Er berichtet, daß die Gefangenen von den Banditen gefesselt und mit Stocken durch die Straßen getrieben wurden. Für ihre Freilassung wird eine Million Pfund gefordert.

Die Kämpfe in Brasilien.

New York, 23. Oktober. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, sind nach Mitteilungen der Anführer bei der Besetzung der Stadt Jaguarijona (Stadt Paraná) durch ein brasilianisches Regierungskontingens viele Einwohner, darunter zahlreiche Frauen und Kinder getötet worden. Die Kämpfe dauern an. In den Staaten Sao Paulo, Minas Gerais, Pa-

ria und Paraná sind die Aufständischen angeblich erfolgreich.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat Präsident Hoover die Ausfuhr von Kriegsmaterial aus den Vereinigten Staaten nach Brasilien verboten, sofern dieses nicht von der Regierung in Rio de Janeiro bestellt ist. Dieses Verbot bedeutet einen schweren Schlag für die Aufständischen.

Kotales.

Coblenz, den 21. Oktober 1930.

§ (Die Wahlkreise) für die Wahlen zum Schlesischen Sejm liegen in der Zeit vom 22. bis 29. Oktober täglich 8 Stunden zur Einsichtnahme durch die Wähler aus und zwar in den gleichen Wahllokalen, in denen die Listen zum Wahlkreiser Sejm und Senat aufgestellt wurden. Hiermit erfolgt die Listenauslegung für alle 9 Wahlbezirke im Stadtverordnetenversammlungsaal und zwar in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends. — Obwohl die Listen für den Schlesischen Sejm nach den Vorlesungen zum Wahlkreiser Sejm angefertigt worden sind, ist es notwendig, in die Listen Einsicht zu nehmen. Ganz besonders werden diejenigen Personen fehlen, die in der Zeit vom 29. August bis zum 26. September d. J. das 21. Lebensjahr vollendet haben. Die Gemeindeverwaltungen haben zwar die betr. Personen zwecks Vervollständigung der Listen für den Schlesischen Sejm aufgefordert sich zu melden, doch ist diese Aufforderung größtenteils nicht befolgt worden. Wahlberechtigt zum Schlesischen Sejm sind alle Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, die bis zum 26. September d. J. das 21. Lebensjahr vollendet haben. Wer in den Listen nicht eingetragen ist, darf am 23. November zum Schlesischen Sejm nicht wählen.

§ (Eine Stadtverordnetenversammlung) findet am kommenden Dienstag, den 23. d. M., abends 6 Uhr statt. Die Tagesordnung enthält 17 Vorlagen.

§ (Schweizer Diebstahl). Im St. Karolusplatz hier selbst ist die ehm. Schwester Diebstahl an Sachen geschehen. Die Verlorene, die ein Alter von nur 42 Jahren erreicht hat, war mehr als 20 Jahre hindurch als Ordensschwester im Dienste der Barmherzigkeit tätig. Die Verborgene findet morgen Sonntagabend auf dem neuen katholischen Friedhofe hier selbst statt. R. i. p.

§ (Bestandene Examina.) Referendar Dr. Walter Dietz, Sohn des Hotelbesitzers Max Dietz hier selbst, hat in Berlin das juristische Examen mit Erfolg abgelegt. — In Vöden hat cand. jur. August Darynet, Sohn des Schuhmachereimstlers Franz Darynet von hier, das juristische Staatsexamen (die Referendarprüfung) bestanden. — Beide waren f. St. Schüler des hiesigen Progymnasiums.

§ (Evangel. Gemeinde.) Die Erneuerungswahlen für die kirchlichen Körperschaften finden am nächsten Sonntag, den 23. Oktober, von vormittags 8 Uhr bis 1 Uhr nachmittags statt.

§ (Die Militärverwaltung) gibt erneut durch den Magistrat bekannt, daß der Aufenthalt im Stadtwald in der Nähe des Munitionsbereichs und des Schießplatzes in einem Umkreise von 200 Metern verboten ist. In letzter Zeit wäre eine Person durch Unachtsamkeit zu Schaden gekommen. Besonders in den Abendstunden ist ein Verbleiben dieses Geländes mit Gefahr verbunden. Bitte und Barmherzigkeit mögen hierdurch namentlich gewahrt sein.

§ (Wahlen zur Landwirtschaftskammer.) Der Bericht in der vorigen Nr. unseres Blattes ist dahin richtig zu stellen, daß es bei der Wahlgruppen-einteilung am nächsten Morgen 6 Uhr heißt muß.

§ (Das Rittersgut Holwarth), das von der Eljal-Gesellschaft erworben wurde, wird bekanntlich parzelliert. Da dieses Gut an die hiesige Gemarkung grenzt, fordert der Magistrat durch Aushebung diejenigen Personen, die Interesse haben, Grund und Boden des betr. Gutes zu erwerben, auf, sich im Magistratsbüro Zimmer 6 in der Zeit bis zum 3. November zu melden.

§ (Die Braut sagt am Altar „nein“.) In Ramowitz sollte am vergangenen Sonntag eine Hochzeit gefeiert werden. Alles war auf beste vorbereitet, auch die standesamtliche Trauung bereits vollzogen. Als die kirchliche Trauung stattfinden sollte und der Geistliche an die vor dem Altar mit ihrem Bräutigam kniende Braut die Frage richtete, ob sie den Bräutigam zum ehelichen Ratte nehmen wolle, antwortete die Braut mit einem entsetzten „nein“ und wiederholte diese Verneinung nach nochmaliger Anfrage des Geistlichen. Die kirchliche Trauung konnte infolgedessen nicht stattfinden.

Die Befürzung des Bräutigams, der Bräutleuten und der Hochzeitsgäste war natürlich groß. Jedenfalls dürfte ein derartiger Vorfall in der hiesigen Gegend vereinzelt dastehen.

§ (Bischofsweihe des neuen Oberbistums der Diözese Rattow.) Am kommenden Sonntag wird in der Kathedrale in Rattow der neuernannte Rattowener Bischof Adamski die Bischofsweihe durch den Kardinal Primas Dr. Glon erhalten. Von der Bischöflichen Kurie in Rattow werden Official Skupin und Prälat Sawilina der Weihe beizuwohnen. Die feierliche Inthronisation des Bischofs Adamski in Rattow erfolgt am 30. November.

§ (Die Natur nimmt Abschied.) Noch einmal zeigt sie sich im bunten Glanz. Rotgelbe Blätter wirbeln durch die Luft, auf die gelben Sonnenrädern glühender Blüten malen. Große Anstrengung wird gehalten. Alles bereitet sich zur Winterreise vor und gebirgt sich einmal der goldenen Sommertage. Die Bäume haben sich verlassen. Nur die Kreuzenadeln arbeiten noch im Laubebusch an den braunen Fruchtzapfen. Sträucher sitzen trübselig über die hohen Felsen, immer hangend nach unten schlängeln. Und die schwachen Äste fühlen sich dumpf durch die Äste ankommen. Der Laubwald bietet ein trübseliges Bild. Am Abend raselt das Laub, kühle Winde rasen zum Himmel. Nur wenige Schmetterlinge haben noch flattert. Der Wind ist frei, wo früher ein großer Meer rauschte. Stumm geworden ist der Wald. Nur hin und wieder geht ein Ästchen durch die stillen Äste. Sie rufen ein Abschiedslied dem Sommer, dem bunten Herbst nach. Schwarz und trübselig liegen die Felsen mit Wasserläusen hier und dort bedeckt. Den wandernden Menschen strömt es, es schreit sich nach einem Sonnenstrahl. Und sagt Frau Sonne noch einmal milde durch die Wolken, dann geht ein letztes Leben durch die Natur, Abschiedsflüge glühend durch die Äste. Man will nicht, woher sie kommen, wohin sie gehen. Nicht jeder vernimmt sie, nur der, der die Natur liebt. — — —

§ (Ein Wort für unsere Zeit.) Jammert man von großen Enttäuschungen, so ist nie von großem Glückseligkeit. Und doch ist der Mensch in die jähre Natur gestellt, damit er von diesem zu gleichen Teilen habe. Woran liegt das Mißverhältnis? Sind die Enttäuschungen der Menschen so mißverständlich? Ist die Einbildung der Menschen so unglücklich? Irrend etwas in der Lebensrechnung mag doch nicht stimmen. Es scheint mir, daß wir das „Wesen an sich“ zu gering bewerten. Der Mensch, zu leben, möchte für den gesunden Menschen schon ein beachtliches Ziel bedeuten. Wir freuen uns des Morgens über unser Erwachen: ein Tag, zu leben, ist uns wieder geschenkt! Wir genießen den Duft des Raines, freuen uns, daß eine Sitzung aus Ruhe bringt, bilden mit Freude in ein liebes Gesicht. Um diese kleinen Lebensreize anzuklopfen, dürfen wir uns allerdings nicht von der Gewohnheit materiellen Lebens lassen, müssen wir Freude in die Familie tragen, dürfen wir nichts fordern, damit uns manches geschenkt werde, muß der Mensch hübsch einfach bleiben, statt daß er sich mit Schulden belastet, müssen wir unsere Kinder mehr für innere statt für äußere Werte erziehen. Nur auf dieser Basis — scheint mir — läßt sich etwas erreichen. Ich halte diese Basis auch für die natürliche, von der Schöpfung gewollt, die nur von den krankhaft anpruchsvollen gewordenen Menschen geringgeschätzt wird.

§ (Aus dem Elternhause verschwunden) Ist seit Freitag voriger Woche der 13jährige Sohn Johann des Händlers Josef Magall aus Kreuzdorf, Kreis Bielefeld. Der Verlorene ist leider geisteskrank und schwach. Er ist etwa 1,68 Meter groß und war mit granatfarbtem Hemd, zerlissener Hose bekleidet und barfuß. Da er menschenfurcht ist, wird angenommen, daß er sich irgendwo im Walde oder sonstwo im Freien aufhält. Zweckdienliche Angaben über ein event. Aufsuchen dieser Person wolle man bei der nächsten Polizeistation anbringen.

§ (Beträger an der Arbeit.) In verschiedenen Dörfern landen Bettler auf, die sich als Kontrollbeamte der staatlichen Landwirtschaftsbank (Bank Molau) ausgeben. Sie erzählen den Bauern auf dem Dorfe, ihnen infolge der schweren Krise, welche die Landwirtschaft durchmacht, Kredite obiger Bank vorzuschießen. Im Einverständnis der Kreditgeber stellen die Bauern schriftliche Gesuche aus und lassen sich dann Vorschüsse von 20 bis 30 Mark ausgeben, je nachdem der Bauer für ein Geschäft hat. Auf diese Weise sind den Beträgern ansehnliche Beträge in die Hände gefallen. Die Polizei ersucht, beim Aufsuchen dieser Schwindler sofort Nachricht zu geben, damit ihnen das Handwerk gelegt werden kann.

Die Gartenlaube

DIE WOCHE
Deutschlands populärste Zeitschr.
DIE GARTENLAUBE
Die Zeitschr. der deutsch. Familie
SPORT IM BILD
Das Blatt der guten Gesellschaft
SCHERLS MAGAZIN
Die bunte Zeitschr. für jedermann
DENKEN und RATEN
Die Zeitschrift für geistigen Sport
FILMWELT
Zeitschrift für Film, Foto, Funk.

Wenn Sie sich gute Freunde für Haus und Familie gewinnen wollen, abonnieren Sie die genannten Blätter. Bestellung durch jede Buchhandlung oder direkt bei der Abt. d. Verlags.

VERLAG SCHERL & BERLIN SW

